https://lqpp.de/be/initiative/show/1931.html

Berlin

Wirtschaft und Soziales

Meinungsbild / Beschlussvorlage #850

Abgeschlossen (mit Gewinner) · vor 1 Jahr 6 Monaten 6 Tagen 13:33:49

1 **i1931: Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der Teilprivatisierung der Berliner Wasse...**

2 i1854: Verstoß der BWB gegen § 16, Abs. 1 und 6 des Berliner Betriebe Gesetz

Initiative i1931: Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB), der Verträge, Beschlüsse u. Nebenabreden

Ja: **61 (95%)** · Enthaltung: **11** · Nein: **3 (5%)** · **Angenommen**

Diese Initiative 35 ◀ 11 Verstoß der BWB gegen § 16, Abs. 1 und 6 des Berliner Betriebe Gesetz

Letzter Entwurf vom 10.07.2012 um 20:50:47 Uhr

Die AGH-Fraktion möge einen Antrag stellen auf Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zwecks Überprüfung der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe und der Teilprivatisierungsverträge inklusive der Nebenabreden u. Beschlüsse.

Begründung:

Die Konsortialverträge, Nebenabreden und Beschlüsse rund um die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe gehören insgesamt auf einen Prüfstand. **Dies haben über 666.000 BürgerInnen beschlossen!** Am 13. März 2011 ist das Volksgesetz *"für die vollständige Offenlegung von Geheimverträgen zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe"* in Kraft getreten. In § 3 steht: *"Bestehende Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden bedürfen einer eingehenden, öffentlichen Prüfung und öffentlichen Aussprache durch das Abgeordnetenhaus unter Hinzuziehung von unabhängigen Sachverständigen."* **Dieses wird von der Regierungskoalition missachtet!** Ein Untersuchungsausschuss würde dem Volksgesetz hingegen Rechnung tragen, denn der Vorteil eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegenüber dem derzeit eingesetzten *Sonderausschuss* liegt u. a. darin, dass die Oppositionsparteien mehr Rechte haben. Außerdem ist bei einem Untersuchungsausschuss die finanzielle Ausstattung – zum Beispiel zur Hinzuziehung von unabhängigen Sachverständigen – gewährleistet, die dem Wasser-Sonderausschuss von der Großen Koalition verweigert wird.

Anmerkungen:

Diese Initiative ist keine Gegeninitiative zur obigen Initiative, sondern schließt sie mit ein. Vor dem Hintergrund, dass 25% aller Abgeordneten zustimmen müssen, ist das Zustandekommen eines Untersuchungsausschusses ausschließlich zur Überprüfung des Punktes *„Verletzung des Äquivalenzprinzips und dem Grundsatz der Gleichbehandlung"* unwahrscheinlich. Das Zustandekommen eines Untersuchungsausschusses, der hingegen **die Konsortialverträge mit den Nebenabreden und Beschlüssen INSGESAMT auf den Prüfstand stellt**, dürfte realistischer sein. Ein solcher Untersuchungsausschuss wäre zudem **zielführender**, da er nicht nur einzelne Bestandteile der Verträge (KV) und Gesetze (BerlBG) thematisiert und problematisiert, **sondern die ganze Konstruktion durchleuchten und möglicherweise zu Fall bringen könnte**.

Zum *Sonderausschuss Wasserverträge*:

Der *Sonderausschuss Wasserverträge* ist eine Farce: *"Den Oppositionsfraktionen und den zumeist zahlreich anwesenden Zuschauern wurde schnell klar, dass SPD und CDU den Ausschuss nicht ernst nehmen und mit immer neuen Störmanövern versuchten und versuchen, seine Arbeit zu behindern. Es war zwar zu erwarten, dass die beiden Parteien, die die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe 1999 verbrochen haben, nicht an einer umfassenden Aufklärung dieser Vorgänge interessiert sind. Überrascht hat uns als parlamentarische Neulinge jedoch die Kaltschnäuzigkeit und Dreistigkeit, mit der die Koalitionsparteien hier immer wieder vorgehen."* ((Pressemitteilung Claus-Brunner/Höfinghoff v. 11. Juni 2012, [http://www.piratenfraktion-berlin.de/2012/06/11/sonderausschuss-„wasservertrage-eine-halbzeitbilanz-der-piratenfraktion/]; abgerufen am: 10. Juli 2012) Der *Sonderausschuss Wasserverträge* wurde von der Großen Koalition derart eingerichtet, dass er handlungsunfähig ist. Die Oppositionsparteien sind im *Sonderausschuss* machtlos gegenüber der Verweigerungs- und Blockadehaltung der Regierungskoalition.

Anregungen

Keine Anregungen